

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Druckort: Neudorf bei Dresden
Verleger: Hermann Schmidt
Ausgabe: 25 241
Aus der Redaktion: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. April 1923 bei städt. zweimonatlicher Zustellung von 1.70 Mark.
Wochensatzpreis für Monat April 3 Mark ohne Postgebühren.
Einzelnummer 10 Pfennig. Anzeigensatz 15 Pfennig.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Wg., für anderseits 40 Wg., Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Wg., außerhalb 25 Wg., die 30 mm breite Zeile 200 Wg., außerhalb 250 Wg., Offertengebühren 30 Wg., Rubrikgebühren gegen Vereinbarung.

Schriftleitung und Druckerei: Neudorf bei Dresden
Mühlentor 38/42
Telefon 1068
Postamt Dresden
Postfach 1068

Wochensatz mit dreifacher Quotenangabe („Dresdner Nachrichten“) 45 Pfennig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufgenommen.

Schwere Gefahr für den Bergbau.

Sichere Verlustwirtschaft infolge des Ruhr-Schiedspruches. — Stilllegungen wahrscheinlich.

Die Arbeitgeber an den Arbeitsminister.

Berlin, 19. April. Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat heute an den Reichsarbeitsminister ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt: Wir bedauern, daß durch den Ruhr-Schiedspruch die bereits in den Auseinandersetzungen der letzten Vohnbewegungen klar getretene Krise des Schiedswesens eine weitere Verschärfung erfahren muß. Die Zahlen zeigen, daß eine Durchführung des Schiedspruches auf jeden Fall zu einer Verlustwirtschaft größeren Umfanges im Ruhrbergbau führen müßte. Die Folge müßte eine wesentliche Einschränkung des Absatzes und der Förderung sein. Dies bedeutet Vermehrung der Fehlersichten, wenn nicht gar Stilllegung einzelner Schächte. Diese Folgen aber würden gerade die Arbeiterschaft aufs schwerste treffen, so daß der Schiedspruch nicht allein wirtschaftlich der Billigkeit nicht entsprechen, sondern auch seine soziale Auswirkung außerordentlich schmerzhaft sein würde. Die Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände kann nicht annehmen, daß die im Schiedspruch vorgesehene Regelung Wirklichkeit werden soll, da sie den objektiven wirtschaftlichen Verhältnissen vollkommen widerspricht, und erwartet daher, daß das Reichsarbeitsministerium bei den von ihm zu treffenden Entscheidungen diesen Tatsachen Rechnung tragen wird.

Unrentabilität des Steinkohlenbergbaues.

Ein neues Schmalenbach-Gutachten.
(Vorbildung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 19. April. Im vergangenen Herbst beauftragte die Reichsregierung durch den Reichswirtschaftsminister eine Kommission mit der Untersuchung der wirtschaftlichen Lage des Steinkohlenbergbaues. Diese Kommission wurde geleitet von dem bekannten Kölner Betriebswissenschaftler Schmalenbach. U. a. gehört ihr an von der freigeberwirtschaftlichen Richtung Dr. Baade, von der christlich-gewerkschaftlichen Richtung Dr. Lufft und von der unternehmerischen Generaldirektor Springorum. Die Arbeiten dieser Kommission sind nunmehr abgeschlossen und in einem Gutachten zusammengefaßt, dessen Inhalt heute bekanntgegeben wird. Aus dem Gutachten geht hervor, daß der deutsche Steinkohlenbergbau unrentabel ist. Die Untersuchung stützt sich in der Hauptsache auf die Novemberproduktion unter Einbeziehung der Gewinne aus der Kohleproduktion, sowie aus den Handelsgesellschaften ergibt sich als Durchschnitt der unteruchten Betriebe, daß die Selbstkosten mit 15,62 Mk. den Tonnenpreis mit 15,35 Mk. um 27 Pf. überschritten, so daß in den unteruchten Betrieben mit Verlust gearbeitet wurde. Die entsprechenden Zahlen des Reichswirtschaftsministeriums ergeben als Preis 14,87 Mk. denen an Selbstkosten 14,93 Mk. gegenüberstehen. Somit beträgt der Ver-

lust 56 Pf. pro Tonne. Die auf das Jahr 1923 abgestellte Bilanzuntersuchung bei 20 Gesellschaften ergab dagegen ein günstigeres Ergebnis. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Lage im November für die Kohlenindustrie wesentlich günstiger war als heute. Die Vohnerhöhung nach dem jüngsten Schiedspruch um 8 Prozent bedeutet eine Steigerung der Selbstkosten um 61 Pf., die sich unter Berücksichtigung der Sozialversicherung, der Vohnsummensteuer und der Arbeitszeitverlängerung über Tag auf 82 Pf. erhöht. Auch nach der Berechnung Dr. Baades würde sich damit ein weiterer Verlust von 20 Pf. pro Tonne Steinkohlen ergeben.

Ausperrung in der Berliner Holzindustrie.

Berlin, 19. April. Die von der Vereinigung Berliner Holzindustrie beschlossene Ausperrung der Holzarbeiter ist in einem großen Teil der Betriebe bereits mit Schluß der gestrigen Schicht durchgeführt worden. Der Umfang der Ausperrung konnte bisher nicht reiflich übersehen werden. Der zweite Arbeitgeberverband, die Vereinigten Verbände der Berliner Holzindustrie, haben sich dem Beschluß bisher nicht angeschlossen und in ihren Betrieben keine Ausperrung vorgenommen. Dieser Verband nimmt erst heute nachmittag zu dem Lohnstreik Stellung. Die Holzarbeiter werden am Montag ihre Beschäfte lassen. Schlichtungsinstanzen haben bisher nicht eingegriffen.

Der hannoversche Metallindustrieverband hat die von einem Teilhaber betroffenen Betriebe aufgefordert, mit dem 19. April ihre rechtlichen Belegheiten auszusperren, da die Gewerkschaft die Streikenden nicht zur Wiederaufnahme der Arbeit anhalten habe. 15 000 Arbeiter werden von der Ausperrung betroffen.

Einlauna im Bankgewerbe. Es bleibt bei der ausgesprochenen Gehaltssteigerung und der bisherigen Gehaltsfestsetzung. Für die Überstundenbezahlung gilt die frühere Regelung. Die Commerz- und Privat-Bank, die Darmstädter und Nationalbank, die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und die Disconto-Gesellschaft werden eine Weihnachts-sonderzulage ausschütten. Der Kassensparverband hat sich der Vereinbarung angeschlossen. Der D. S. V. hat sich mit Rücksicht auf sein Kartellverhältnis mit dem Allgemeinen Verband eine Erklärung abgeben.

Massenhändigungen in der Rheinschifffahrt.

Essen, 10. April. Mit Rücksicht auf die Ende dieses Monats ablaufenden Lohn- und Zeitarbeitsverträge ist sämtlichen Arbeitnehmern in der Rheinschifffahrt die Kündigung ausgeschrieben worden. Die Arbeitgeber wollen dadurch die Möglichkeit gewinnen, falls die noch anlaufenden Tarifverhandlungen nicht zu einem Ergebnis führen, mit den Arbeitnehmern Einzelarbeitsverträge abzuschließen.

Frankreich und der „Bremen“-Flug.

Ein Beitrag zum Kapitel der geistigen Annäherung.

Gerade diejenigen Kreise Frankreichs, denen es Deutschland trotz und nach Locarno nie recht machen konnte oder deren Gespensterfurcht immer wieder von deutschen Rüstungen fesselt, sind dieselben, die als die ewig Unbefriedigten sich immer wieder gedrungen fühlen, Deutschlands moralische Abrüstung zu verlangen. Aber auch andere tonangebende Politiker, die im wohlverstandenen Interesse Frankreichs mit der Annäherung an Deutschland ernst machen wollen, vertreten die These, daß die politische und wirtschaftliche Annäherung der beiden Völker, wenn sie dauerhaft sein sollte, von einer geistigen Annäherung begleitet sein müsse. Auch bei dieser geistigen Annäherung soll nach französischer Auffassung Deutschland natürlich den Vortritt haben. Von sich selbst verlangt man in Frankreich nichts oder nur sehr wenig. Hier waltet ein schwerer psychologischer Irrtum ob. Als ob es dem „besiegten“ deutschen Volke leichter wäre, sich geistig mit dem „siegreichen“ Frankreich auszuöhnen und zu verstehen! Will man wirklich eine geistige Annäherung, so müßte man in Frankreich endlich einmal damit anfangen oder jede Gelegenheit, die sich dazu bietet, auch wirklich ausnützen. Hier drängt sich nun aber dem, der in Frankreich lebt, eine merkwürdige Beobachtung auf. Man rühmt deutsches Können und deutsche Leistungen und erfindet sogar noch etwas hinzu, wenn diese mit dem Vergrößerungsmaß der Furcht gesehenen Leistungen dazu herhalten sollen, dem französischen Volk vor dem gefährlichen deutschen Nachbar graulich zu machen, um damit immer wieder die französische Sicherheits- und Militärpolitik in den Augen des eigenen, im Grunde höchst friedensbedürftigen Volkes aufs neue zu rechtfertigen. Man hat eigens zu diesem Zwecke die Formel vom „Kriegspotential“ erfunden, um den Franzosen weismachen zu können, was alles die deutsche Industrie, wenn es darauf ankommt, und dann natürlich mit blitzartiger Schnelligkeit, an vergiftenden Gasen, an Bomben, an Riesengeschützen und dergleichen schrecklichen Dingen mehr hervorbringen könne. Betonierete Unterstände sind in den französischen Zeitungen zu ganzen Festungsanlagen, Jugend-, Sport- und Turnvereine sind mit derselben blühenden Phantasie in künstliche Armeekorps und Armeen umgeschwinder worden. Ein neuer deutscher Kreuzer, so klein er auch sein mag, wird gleich zu einer neuen Bedrohung für die englische Flotte, und da die Reichswehr keine Militärflugzeuge mehr haben darf, so wird die trotz aller Weiterentwickelungen friedliche Lufthandelsflotte als Kriegsinstrument und als künftiger gefährlicher Gegner der unzähligen Fluggeschwader des französischen Heeres dargestellt.

Nun, man entsetzt oder erfindet deutsche Leistungen, um damit zu hetzen. Wo aber eine unabweisbar friedliche Heldentat von sportlicher und wissenschaftlicher Bedeutung in Deutschland vollbracht wird, da wird sie hier herabgeschleudert, verkleinert oder gar verschwiegen. So hat man es seinerzeit mit der ersten und einzigen Ueberfliegung des Ozeans durch ein deutsches Luftschiff gemacht. Das war natürlich nichts besonderes, denn es war ja ein „deutscher“ Zeppelin! So macht man es jetzt mit der Besetzung der „Bremen“. Die Art und Weise, wie die meisten französischen Blätter darüber berichten, kann man, wenn man die sonstige Aufmachung und Platzverteilung dieser Blätter kennt, nicht anders denn als schädlich bezeichnen. In vielen Blättern mußte man den Bericht darüber erst lange suchen, bis man ihn, manchmal im hintersten Winkel des Blattes, entdeckte. Das ist nicht Zufall, sondern der Ausfluß mißgünstiger Verkleinerungssucht, der Reichweite des französischen Nationalstolzes. Der Zufall dagegen hat es gefügt, daß die beiden französischen Flieger Coates und Le Brix von ihrer großen Weltreise über Südamerika und Japan einen Tag, nachdem die „Bremen“ in Labrador gelandet war, auf ihrer letzten Etappe über Rom und Marseille wieder in Paris eintrafen. Nun wird es bei uns sicher niemand einfallen, die in unzähligen Etappen zurückgelegte Rundreise der Franzosen oder deren Ueberfliegung des Südatlantischen Ozeans, mit der sie übrigens durchaus nicht die ersten waren, herabzusetzen. Hier aber wurden sie in einer Weise empfangen und gefeiert, die man ihnen zwar von Herzen gönnen mag und die ja auch eine eigenartige Gelegenheit der Franzosen ist, aber es mußte geradezu aufpassen, mit welcher betonten Absichtlichkeit man in der Presse diese Feiern auszog, um daneben die doch unbedeutend einseitige Tat der „Bremen“ hinten hinunterfallen zu lassen. Jeder andere Flieger, die Franzosen Rungeßer und Coll an der Spitze, der bisher erfolglos die Ueberfliegung des Nordatlantiks versucht hat, ist hier für den bloßen Versuch als ein unvergeßlicher Held gefeiert worden. Was hätte man erst getan, um den ersten, dem dieser Versuch nach so vielen Mißerfolgen endlich gelang, zu feiern, wenn es, so wenn es ein Franzose oder schließlich auch ein Engländer gewesen wäre?!

Frankreichs Angst vor Kelloggs Vorschlägen.

Briands Gegenentwurf den Großmächten zugeleitet.

Paris, 19. April. In Abwesenheit Briands verließ Ministerpräsident Poincaré im Ministerrat den Wortlaut der französischen Gegenentwürfe zum Kriegsverichtsverträge der Vereinigten Staaten. Eine Entscheidung hat der Ministerrat nicht getroffen. — Ueber den Gesundheitszustand Briands wird folgender amtlicher Bericht ausgeben: Das Fieber ist stationär, keine organischen Veränderungen, Temperatur jedoch noch hoch, so daß der Außenminister das Bett hüten muß.

Paris, 19. April. Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten hat am letzten Nachmittag seinen diplomatischen Vertretern in Berlin, Washington, London, Tokio und Rom den Wortlaut des französischen Vertragsentwurfes für den Abschluß eines mehrseitigen Antikriegsvertrages zur Uebermittlung an die betreffenden Regierungen ausgeben lassen. Der Wortlaut wird schnellstens veröffentlicht werden.

Paris, 19. April. Der offizielle „Excelsior“ will wissen, daß die französische Regierung die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Beratung des amerikanischen Kriegsverichtsvertrages für unausführbar halte. Sie sei der Ansicht, daß sich eine Einigung viel schneller und leichter auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege durch Verhandlungen zwischen den Staatsregierungen erzielen lassen würde.

Das „Echo de Paris“ beschäftigt sich mit der Haltung der Regierungen von Berlin, London, Rom und Tokio gegenüber dem amerikanischen Vorschlag und sagt, Deutschland solle unter allen Umständen verhindern, daß sich mehrere Mächte gegen seine etwaigen Gewaltstreiche wenden könnten. Der Kelloggische Vorschlag komme Deutschland daher gelegen. England, das sich bedroht gesehen sei, die vorerwähnten wirtschaftlichen und militärischen Vergeltungsmahnahmen zu beschranken sei von dem Vorschlag Kelloggs ebenfalls entsetzt, da es den größten Teil solcher Maßnahmen zu tragen hätte, und der amerikanische Vorschlag die Möglichkeit offen lasse, die Artikel 15 und 19 des Genfer Paktes in ihrer Tragweite zu beschranken. Nur die wahren Freunde von Locarno und Genf, so schließt das Blatt, verfolge der

Vorschlag Kelloggs in Unruhe. In der Theorie stimmten Deutschland, England, Italien und Japan wahrscheinlich mit Frankreich überein. In der Praxis verhalte jedoch jeder von diesen Staaten, die Lage für seine unmittelbaren politischen Interessen anzunehmen. Es bestehe deshalb die Gefahr, daß Frankreich mit seinen Ansichten ins Hintertreffen gerate.

In Kreisen des amerikanischen Staatsdepartements behauptet man gegenüber den mit den Großmächten im Gange befindlichen Verhandlungen zum Abschluß eines Kriegsverichtsvertrages größte Zurückhaltung. Man neigt jedoch der Ansicht zu, daß die Länder den amerikanischen Vorschlägen weit näher stehen, als der französischen Auffassung. Die verschiedenen aus Paris eingehenden Mitteilungen, wonach man dort mit der Möglichkeit eines Abbruchs der gegenwärtigen Verhandlungen mit Frankreich durch die amerikanische Regierung rechnet, und daß der Vertrag nur auf Deutschland, England und Japan beschränkt werde, werden als Anzeichen für eine gewisse Nervosität am Quai d'Oran betrachtet. Die französische Anregung, den amerikanischen Vorschlag über den Kreis der sechs Großmächte hinaus auszudehnen, findet in maßgebenden Washingtoner Kreisen keine Gegenliebe.

Neuer französischer Gesandter in Wien.

Paris, 19. April. Das vor einiger Zeit angekündigte diplomatische Reviement wird durch Dekret vom heutigen Tage bestätigt. Danach sind u. a. der bisherige Gesandte in Wien de Chambrun als Vizebotschafter nach Ancona, Graf Clauzel, Leiter der französischen Abteilung beim Völkerbund, zum Nachfolger de Chambruns in Wien und der bisherige Generalsekretär der Völkerbundkonferenz, Raffale, zum Nachfolger Clauzels beim Völkerbund ernannt worden. Ferner wird der bisherige Gesandte in Kowno, Puaux, zum Gesandten in Bukarest ernannt. (wtb.)

Dr. Benesch in London. Der tschecho-slowakische Außenminister Dr. Benesch ist in London eingetroffen. Obgleich der Besuch, wie erklärt wird, privater Natur ist, wird Benesch eine Reihe von politischen Besprechungen haben.

In Ehren des belgischen Königspaars fand in Kopenhagen eine große Parade der dänischen Volkstreuekräfte statt. Das belgische Königspar kehrt über Gjöbinge und Warnemünde nach Belgien zurück.